

Fernsprecher:

Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Poststellekonto: Dresden Nr. 14707Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden • U. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Verlagspreis: Biertäglich 24 M., zweimal täglich 16 M., monatlich 8 M. frei Haus. Einzelnummer 60 P. Die Sächsische Volkszeitung erscheint täglich zweimal. — Redaktion und Geschäftsstelle der Redaktion 32723, die Poststellekonto: Dresden Nr. 14707.

Anzeigen: Annahme von Werbungsanzeigen ab 10. von Familienanzeigen ab 11 Uhr vorm. Anzeigentext für die Werbungsanzeige 2,75 für Beziehe 2,50 die Stellungsanzeigen 2,50 um breit 2,50. — Werbungsanzeige für Schilder 1.— bei Übereinstimmung durch die Post unter dem Postaufschlag. — Für anderthalb geschätzte ganze Seite kann Anzeige in Dresden: Schmidtsche Buchdruckerei, 1. in Döhlen Straße 24, auf der Rückseite des Zeitungspapiers mit überdecken können. Anzeige in Dresden: Schmidtsche Buchdruckerei, 1. in Döhlen Straße 24, auf der Rückseite des Zeitungspapiers mit überdecken können.

Tageschau

Die Budapester Polizeihörde veröffentlichte eine Erklärung, derzogt die Märkte Erzbergers nicht in Budapest weilen sollen, mithin auch nicht unter dem Schutz der erwähnten Unparteiischen stehen.

Nachdem Bonomi dem König die Demission des italienischen Kabinetts überreichte, nimmt man an, daß jetzt eine Kandidatur des Nicolai folgen wird.

Die Mitglieder des diplomatischen Corps beim Vatikan haben dem Papst ihre Anerkennungsschreiben überreicht, wobei der spanische Gesandte in einer Ansprache die Freude der ganzen Welt über die Wahl des Papstes ausdrückte. Der Papst erklärte, daß er mit besonderem Vertrauen die Wünsche für das große universelle Friedenswerk entgegennahme, denn nichts sei notwendiger als die Schaffung des wahren Friedens.

Anlässlich des Besuches des Leipziger Moses wird Ministerpräsident Gust mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Verchenfeld eine Versprechnahme abgeben.

Das Verfahren in der Beliebigungssache des Abgeordneten Bergt gegen die "Germania" aus Anlaß eines Artikels über den Erzbergern wird wieder aufgenommen werden.

Mit einem Sieg der Arbeiterschaft auf der Danziger Werft ist zu rechnen, doch sollen nochmals die Vertragsmänner berufen werden.

Die Vorverhandlungen über die Koalitionserweiterung in Bayern werden in ihrer neuen Fassung in dieser Woche den Fraktionen vorgelegt werden. Von entscheidenden Beschlüssen in der Frage der Koalitionserweiterung kann bisher keine Rede sein.

Parität in den Gemeinden

"Die Imparität, gegen die das Zentrum stets gekämpft hat, ist schaffen, das Tor ist geöffnet," so konnte Reichstagsabgeordneter Dr. Lautscher auf dem Reichsparteitag feststellen, dessen Verhandlungen auch an manchen anderen Stellen auf das Gebiet des Gemeindelebens übergriffen. Der Kampf gegen die Zurückstellung katholischer Anwälte und vor allem von Zentrumshängern bei der Beziehung leitender Beamtenstellen ist in den Jahren seit der Revolution erstaunlicherweise etwas in den Hintergrund getreten. Wenn man die alten Zehngänge unserer Zeitungen durchgeht und die Hauptfragen, die damals immer wieder ihre Behandlung fanden, heraushebt, so drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf, daß unser Gesinnungskreis in den kommunalen Körperschaften einen großen Teil ihrer Arbeitskraft und ihres Einflusses darin ansetzen mußten, um die katholische Ausschaltung der unseres Weltanschauung angehörigen Beamten zu verhindern und wenigstens einigermaßen Parität zu schaffen. Die Ruhmlosigkeit des alten Systems auf den Rathäusern, die überall Katholikos, sind durch die Revolution aus der übertragenden Machtposition herausgedrängt worden und die Zentrumspartei hat sich vielerorts auf der Grundlage des demokratischen Wahlrechts den Einstieg sichern können, der ihr Jahrzehntlang von den Deutzen zu Unrecht verneint worden ist, die auf ihre Verlehnung das Wort "Aber" geschriften hatten, die aber in der Praxis so wenig liberal waren, daß sie auch den katholischen Volksteil und vor allem den Angehörigen der Zentrumspartei Gerechtigkeit widerfahren ließen.

Seit der Revolution ist unzweifelhaft in dieser Beziehung manches besser geworden und es konnte auch schließlich nicht anders sein. Denn das Zentrum trug, wie im Reich und Staate, so auch in vielen großen und kleinen Gemeinschaften die Hauptlast der Verantwortung für die Volkswohlfahrt des Ganzen und da ist es nur selbstverständlich, daß wir uns auch bei der Beziehung der leitenden Stellen in der Gemeinde den gebührenden Einfluß sichern. Wir sind diejenigen, die eine Antikrisenpolitik in der Gemeinde wollen, aber wir sind nicht dummi genug, um uns weizumachen zu lassen, daß berufliche Tüchtigkeit und sachliche Verfügung für die Bekleidung wichtiger Stellen immer nur bei den anderen zu finden sind. Von unserer Partei ist immer der Grundsatz verfochten worden, daß die erste Voraussetzung für die Bekleidung der leitenden Stellen die Tüchtigkeit des Bewerbers sein muß, daß wir aber unter mehreren Bewerbern gleicher Tüchtigkeit dem vorzog geben, der unserer Weltanschauung nahestehet, um dadurch die alte Zurückstellung der Zentrumshängern allmählich auszugleichen und um Vorsorge zu treffen, daß auch in der Führung der Verwaltungsgeschäfte die Grundfähigkeit nach Möglichkeit ihrer Anwendung studieren, die wir in den gehobenen Körperschaften unserer Arbeit zu grunde legen. Es wäre aber verfehlt, wenn unsere kommunalen Fraktionen jetzt in dem Bewußtsein, daß vieles besser geworden ist, die Hände in den Schoß legen. Wie sind noch lange nicht so weit, daß wir die alte Ungerechtigkeit als besiegt ansehen können. Wenn man heute die Zahl der auf dem Boden der Zentrumspartei stehenden Kommunalbeamten genau feststellen könnte, so würde sich trotz der unverkennbaren Besserung erkennen, daß unsere Partei keineswegs in der Beziehung der leitenden Beamtenstellen ihrer Bedeutung und ihrem Einfluß entsprechend berücksichtigt ist. Vor wenigen Wochen erst konnte der Abgeordnete Blank (Hannover) im preußischen Landtag feststellen, daß dem Zentrum in Preußen ganzzeitig nahestehen: zwei Oberpräsidenten, drei Regierungspräsidenten, kein Polizeipräsi-

Eisenbahner und Regierung

Kundgebung der bayerischen Eisenbahner

München, 20. Februar. Die Verbandsleitung des bayerischen Eisenbahnerverbandes hat beschlossen, den zuständigen Regierungsstellen in Berlin eine Kundgebung zu unterbreiten mit dem einträchtigen Schluß, umgehend den Beamten und Arbeitern der Reichsbahn durch eine allgemeine durchgreifende Erhöhung der Gehälter und Löhne, die nicht hinter der Wohnsteigerung für die Bergarbeiter zurückbleibt, zu Hilfe zu kommen. Nur auf diese Weise und mit ausgiebigen Mitteln könne eine Verhinderung des Eisenbahnerwonschs eintreten und die von neuem gesetzte Streikbewegung wirksam bekämpft werden.

Reichskanzler und Disziplinierungen

Berlin, 20. Februar. Neben der Aussprache, welche am Sonnabend nachmittag durch Vermittlung des deutschsozialistischen Reichstagsabgeordneten Lorenzofsky Seibert in der Reichskanzlei mit Vertretern der Eisenbahnergewerkschaften stattfand, hörte die Telegrafenunion folgendes: Die Herren wurden vom Staatssekretär Hammel empfangen, da der Reichsanzler durch eine Sitzung verhindert war. Sie bestwerten sich, daß entgegen den Richtlinien des Kabinetts Maßdisziplinierungen vorgenommen und daß die Richtlinien extensiv ausgelegt würden. Dabei sei die Frage, wer Rechther sei, doch vorläufig noch durchaus unklar und es müsse erst eine authentische Interpellation herbeigeführt werden. Es wurde eine Liste von 2000 Disziplinierungen vorgelegt, bei der erklärt wurde, daß sie nicht einmal vollständig sei. Die Reichsgewerkschaft fordert, daß nur schwere Sabotagefälle bestraft werden und daß keine Maßdisziplinierungen erfolgen sollen. Am Verlaufe der Verhandlungen erschien dann auch der Reichskanzler. Er erklärte, er könne zwar nicht jeden einzelnen Fall nachprüfen, doch möse er die ihm durch die Vermittlung der Organisationen mitgeteilten Fälle in Verbindung mit dem Reichsverteidigungsminister untersuchen. In Bezug auf die Maßdisziplinierungen müsse die

Reichsgewerkschaft erst weiteres Material beibringen. Der Griff des "Altebels" soll in einer besonderen Kabinettssitzung festgestellt werden.

Eine Erklärung Stresemanns

Berlin, 20. Februar. Auf dem ersten Wahlkreisparteitag des Kreises Elster-Veddel-Charlottenburg nahm am gestrigen Sonntag der Abgeordnete Stresemann Stellung zu allen aktiven Fragen der Politik des Reiches. Er warnte u. a. davon, daß groÙe Hoffnungen auf die Konferenz von Genf zu sezen. Es ging dann zur internationalen Lage über und bemerkte, im Eisenbahnerwesen habe die Regierung äußerst ungünstig operiert. Unter Nichtstrauß' Diktat habe Stresemann fort, zielte keineswegs auf eine Befreiung Berths ab. Es begegnete ihm zunächst die Befreiung Berths ab. Nach der Verbrauchsfordernung des Kanzlers war eine Änderung des Budgets aber natürlich nicht mehr möglich. Für uns haben diese Tage der Verhandlungen den Vorteil gehabt, daß man einfach, wie sind doch nicht die gebildeten offiziellen Schafe, denen man alles bieten kann, sondern wie können auch die Jähne zeigen. Letztens unseres Handels wird es sein, bei sozialer Mitarbeit die Ortsfamilie die nationalen Idee aufzuladen zu lassen. Ich habe die allergröÙte Sorge um die Aufrechterhaltung der Reichseinheit. Am Rheinlande, im Süden wie auch in Österreich sind Städte am Werk, mit Unterstützung der Entente das Reich auseinanderzuziehen. Es heißt jetzt zusammenfassen, was sich zusammenfassen läßt.

Der Abschluß der Aktion der Reichsgewerkschaft

Berlin, 20. Februar. Wie die Telegraphenunion erfuhr, wurde die nächste Sitzung des erweiterten Verstandes der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnerbeamten und Angestellten auf Montag abgehalten. Mit dieser Sitzung soll, falls bis dahin die Ausschreibung bestmöglich gelöst ist, die Aktion endgültig abgeschlossen werden.

Deutscher Reichstag

173. Sitzung vom 18. Februar

Ein Gesetzesentwurf über vorübergehende Pflichtpflegemaßnahmen im Hinblick auf das Saargebiet wird in allen drei Sitzungen angenommen, ebenso ein Gesetz über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Reichspostamt. Ein Gesetzesentwurf über die Polizeiführung von Ausfuhrdevisen und zur Ausführung des Artikels VII 2b des Londoner Zahlungsplanes wird dem Abgeordnetenausschuß überreicht.

Die Interpellation der Demokraten Heile und Erkelen über Pachtleistungen im Berlech mit Deutschland muß abgelehnt werden, da kein Abgeordneter zur Verteilung anwesend ist. Darauf wird die zweite Sitzung des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauens fortgesetzt.

Abg. Treuen (Centrum) hat seinen Antrag auf Unterstützung der Baugenossenschaften aus dem angemesselnden Reichsfonds zurückgezogen.

Abg. Obermeier (Soz.) nimmt den Antrag wieder auf. Die sozialen Baubetriebe verdienen Unterstützung, weil sie billiger bauen als noch Bauunternehmert im Baugewerbe kommen.

Abg. Rand (Bayer. Volksp.): Der Antrag ist überflüssig, wenn er nicht die Konjunkturgenossenschaft ausschließt.

Abg. Treuen (Centrum): Eine einfache Unterstützung der sozialen Baubetriebe sollte mein Antrag nicht.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Alle Unternehmungen sollen unterstützt werden, die eine Verbesserung des Baues bewirken.

Damit schließt die Befreiung. — Die Abstimmung erfolgt in einer späteren Sitzung.

Darauf wird die Interpellation der Demokraten wegen Pachtleistungen im Berlech mit Deutschland abgelehnt. Darauf wird die Interpellation der Demokraten inzwischen erledigt.

Abg. Heile (Dem.) beginnt die Interpellation. Der Pachtzwang im Berlech mit Österreich wird als Schilfzone empfunden. Durch den Pachtzwang wird die Kapitalverschiebung auch nicht verhindert.

Reichsminister Dr. Köhler gibt die Erklärung ab, daß die Reichsregierung so bedauerlich das sein möge, nicht in jede Lage ist, eine radikale Auflösung des Pachtzuges zwischen Deutschland und den Nachbarländern, insbesondere mit Österreich in Aussicht zu stellen.

Nachdem noch Abg. Schreiber (Centrum) die Mahnung ausgesprochen, Vorsicht walten zu lassen, damit nicht über Österreich Angehörige der Nachbarländer in Waffen zu uns kommen, und nachdem Abg. Köhler (Comm.) gegen die Pachtzwingelten polemisiert hatte, gab Minister Dr. Köhler nochmals die Ausführung ab, daß die Überflutung durch ausländische Arbeiter ausgeschlossen werden müsse.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Abstimmung über Mietsteuer und Mietzinsabgabe, Stabsberatung.

Deutsches Reich

Vereinigung der deutschen Luftfahrtverbände

Berlin, 20. Februar. Der Deutsche Luftfahrtverband und der Vereinigte Deutsche Flugverband haben sich unter dem Namen "Deutsche Luftfahrtverbund" zusammengefunden. Als Sitz des Verbandes wurde Bremen gewählt wo der Vorstand, Bürgermeister Dr. Busch, seinen Wohnsitz hat. Die nächste Sitzung soll im Mai in Münster stattfinden. Der Revolutionsclub der Vereinigung noch nicht angekündigt, stellt seinen Beitritt in Aussicht.

